



Unter Druck
Petition: Rund 3.000 Franzosen fordern die Entlassung des mit Vergewaltigungsvorwürfen konfrontierten Haushaltsministers Gérard Darmani.

Déeschdeg,
30. Januar 2018
Journal

Linear in die Sackgasse

„Matinée InterLycées“: Schüler diskutieren über Dringlichkeit der Kreislaufwirtschaft

LUXEMBURG
CLAUDE KÄRGER

Na, wer will's haben? 50 Euro?“ Romain Poulles zeigt ein iPhone in die Runde. Keiner der hunderten Schüler, die sich zur „Matinée d'Etudes InterLycées“ im „Athénée de Luxembourg“ versammelt haben, meldet sich. Vielleicht, weil jeder weiß, dass es sich um ein Modell handelt, mit dem sie heute recht wenig anfangen könnten.

Vielleicht aber auch, weil der Präsident des „EcoInnovation Cluster“ mit einem Hammer auf die Bühne getreten ist. Die Aufmerksamkeit der Zuhörer hat er jedenfalls erreicht. Das Smartphone aber will auch umsonst niemand haben. Dabei ist das ausgemusterte iPhone eigentlich Gold wert. Im wahren Sinne des Wortes, denn neben Gold sind rund 40 andere seltene Materialien in dem Smartphone verbaut, die eigentlich wieder genutzt werden könnten.

Völlig ineffizient

Das Gerät ist aber nicht gemacht, um leicht auseinander gebaut zu werden - Poulles demonstriert das mit dem Hammer - genauso wenig wie die meisten anderen Elektronik-Produkte auf dem Markt. Jedes Jahr landen 40 Millionen Tonnen davon auf dem Müll, während immer weiter Raubbau am Planeten betrieben wird, um Rohstoffe für die „lineare Wirtschaft“ zu gewinnen. Linear bedeutet: gekauft, benutzt, weggeworfen. Wobei die Zeitspanne zwischen Schritt Eins und Drei oft relativ kurz ist.

Ähnlich ineffizient gehen wir mit den Energieträgern um, die uns - noch - zur Verfügung stehen. Irgendwann, aber noch in diesem Jahrhundert, werden die Rohstoffe alle sein. Und dann?

Dann werden die jungen Leute, die sich gestern im Athenäum eingefunden haben, mit dieser neuen Lage in einer Welt mit



Rund 600 Schüler waren bei der Veranstaltung dabei

Foto: Editpress/Francois Aussens

deutlich mehr Bürgern zurecht kommen müssen. „Alles wird ändern in diesem Jahrhundert. Die Art und Weise wie wir konsumieren, wie wir uns fortbewegen, wie wir zusammenleben“, sagt Poulles, „und ihr seid im Herzen dieses Wandels, den man über sich ergehen lassen kann, oder den man aktiv mitgestalten kann.“

Der Wandel sei bereits eingeleitet, sogar große Konzerne, die ein Interesse haben, immer mehr zu verkaufen, hätten sich angeschlossenen. „Es reicht nicht, den Impact der Menschen auf die Erde zu verringern, wir brauchen Produkte, die eine positive Wirkung auf die Erde, die Menschen und den

Brieftasche haben“, unterstreicht der Redner. Recycling ist schon länger bekannt, aber es geht um mehr: „Circular Economy“ heißt das Konzept, oder vielmehr die „Philosophie“, mit dem sich die Schüler bereits im Vorfeld der „Matinée“ intensiv beschäftigt und eine Menge Fragen an die anwesenden Experten vorbereitet hatten. Es geht um die Rückführung von so vielen Materialien wie möglich in einem Erzeugnis in den wirtschaftlichen

Kreislauf. Dazu muss ein Produkt komplett anders gedacht werden, von der Verwendung der Basis-Rohstoffe, über das Design, das Reparatur oder Recycling leichter macht, bis hin zu den Verkaufsstrategien, der Finanzierung - und dem Gebrauch natürlich.

Produkte als Service

Längst bieten Unternehmen Erzeugnisse als „Service“ an. Sie stellen eine Lampe oder eine Jeans zur Verfügung, die sie bei Defekten zurücknehmen und reparieren. Oder Fahrräder, Waschmaschinen und Autos, die man nicht kaufen muss, sondern gegen ein Entgelt benutzen darf, wann und wo man sie gerade braucht. Sogar Gebäude beginnen nach den Kriterien der Kreislaufwirtschaft entworfen zu werden. „Die Bewegung ist da“, sagt Romain Poulles hoffnungsvoll, „und alle großen Akteure sind dabei, sie sich anzueignen“. Mudjeans, CircularClockWorks aber auch die Europäischen Investitionsbank, zeigten ihre Sicht der „Circular Economy“ auf, während Wirtschaftsstaatssekretärin Francine Cloeser und Umweltstaatssekretärin Camille Gira erklärten, wie die Behörden die Entwicklung unterstützen.

Alle Beteiligten an dieser „Matinée“ nahmen auf jeden Fall reichlich „Futter für Gedanken“ mit nach Hause. ●

„Alles wird ändern in diesem Jahrhundert“

ROMAIN POULLES, „EcoInnovation Cluster“

„Gewissensentscheidung“

Prostitutionsgesetz: „Jonk Demokraten“ gegen Fraktionszwang

LUXEMBURG Die „Jonk Demokraten“ fordern die Regierung dazu auf, die kommende Woche geplante Abstimmung über das neue Prostitutionsgesetz als „Gewissensentscheidung“ freizugeben, also den Abgeordneten auch aus den Regierungsparteien zu ermöglichen, frei nach ihrem Gewissen abzustimmen. In einer Pressemitteilung kritisieren die Jungdemokraten wie CSV und adr eine Bestimmung im Gesetzesvorhaben, das Justizminister Félix Braz (déi gréng) im Juni 2016 im Parlament hinterlegt hat. So soll die Polizei künftig auf Beschluss der Staatsanwaltschaft Zutritt zu Gebäuden erlangen können, in denen es konkrete Hinweise für Zuhälterei gibt. Für die JDL ist „das Eingreifen der Polizei in geschäftliche oder in private

Wohnungen, ohne konkrete Beweise und ohne einen Beschluss vom Untersuchungsrichter ein Verstoß gegen die Eigentumsrechte“, schreibt die JDL.

Die strengere Sanktionierung von Freiern werde zudem zu „gewaltsameren Taten und somit zu weniger Schutz für die Betroffenen“ führen.

Die JDL spricht sich dafür aus, dass Prostituierte ihren Beruf straffrei ausüben können und ihre Erwerbstätigkeit als freischaffender Beruf anerkannt wird. Diesem sollen sie sowohl bei Haus- und Hotelbesuchen wie auch in gemieteten Zimmern in speziellen Etablissements nachgehen können. „So sind sie nicht mehr den Gefahren der Strafe ausgesetzt“, sagt die JDL. CB

Positiver Trend

STATEC-Studie: Insgesamt bessere Indikatoren für den Arbeitsmarkt

LUXEMBURG Das nationale Statistikkamt STATEC hat eine neue Studie zur Beschäftigung im Großherzogtum veröffentlicht. Darin zeige sich ein eindeutiger Trend: So sei infolge der Finanzkrise zwischen 2008 und 2014 die Arbeitslosenquote nur um 3 Prozent gestiegen, während in der gleichen Zeit die „labour underutilisation rate“ (also der Anteil der arbeitswilligen Bevölkerung im Vergleich zur arbeitenden Bevölkerung) um neun Prozent stieg - von sechs auf 15 Prozent. Demnach steige der Bedarf an Arbeit stärker als die Arbeitslosigkeit. Erstmals 2016 sank die Zahl wieder leicht. Auch die geleisteten Arbeitsstunden sinken weiter, im Schnitt sind es 0,2 Prozent pro Jahr. Der STATEC erklärt

dies durch die höhere Arbeitsbeteiligung der weiblichen Bevölkerung und der damit einhergehend höheren Teilzeitbeschäftigung. Gleichzeitig bleiben die Löhne weiter unflexibel; seit 2016 seien sie nur um 0,7 Prozent gestiegen, während sie zwischen 2010 und 2012 gefallen seien. Die Teilzeitarbeitslosigkeit sinkt seit 2012 kontinuierlich und lag 2016 bei nur noch 0,2 Prozent. 2009 waren es 3,2 Prozent. 2012 macht der STATEC deshalb den Höhepunkt in der Arbeitskrise aus, da zu diesem Zeitpunkt sowohl Arbeitslosenzahlen, Teilzeitarbeitslosigkeit sowie andere Indikatoren im Negativtrend waren. Für 2016 und 2017 sahen die Indikatoren hingegen einen positiven Trend für den Arbeitsmarkt. LJ

NEWS

Änderungen am Revis

LUXEMBURG Familien- und Integrationsministerin Corinne Cahen (DP) hat gestern einige der geplanten Änderungen am Revis-Gesetzesvorhaben im Parlamentsausschuss vorgestellt. Selbstständige sollen demnach für den Zeitraum von sechs Monaten (einmal erneuerbar) Revis beanspruchen können. Zum Beispiel, wenn Betroffene, etwa durch einen Lebensunfall, einen Rückgang ihres Einkommens nachweisen können.

Höhere Beiträge für Familien mit Kindern

Geplant ist jetzt ebenfalls, Familien mit Kindern einen 15 Prozent höheren Beitrag zuzugestehen. Die zusätzlichen Ausgaben zu Lasten des Staats würden sich auf etwa sieben Millionen Euro belaufen. Eine weitere Änderung sieht unter Umständen eine Transitionsphase für Rentner vor, die mit dem neuen System verlieren würden. Insgesamt 23 Änderungsanträge waren Ende Oktober für das Projekt eingegangen. Mit der Reform wird aus dem garantierten Mindesteinkommen (RMG) das zweigeteilte „revenu d'inclusion sociale“ (Revis). Zusammensetzen soll es sich aus einer Inklusions- und einer Aktivierungszulage. Die Inklusionszulage wiederum setzt sich zusammen aus einem Pauschalbeitrag in Höhe von 701,19 Euro und einem Beitrag für die gemeinsamen Kosten des Haushalts (701,19 Euro). Für Kinder sind noch einmal zusätzliche Beiträge vorgesehen (217,17 Euro pro Kind beziehungsweise 282,07 für Alleinerziehende).

Wer einer Beschäftigung nachgeht, soll davon in Zukunft mehr profitieren können. So soll mit der Reform ein Viertel der Einkünfte nicht bei der Berechnung des Revis miteinbezogen werden. Außerdem sollen anders als im derzeitigen System beide Elternteile an einer beruflichen Wiedereingliederungsmaßnahme teilnehmen können. CB

Keine Gefahr für Meinungsfreiheit

LUXEMBURG Der adr-Abgeordnete Fernand Kartheiser wollte in einer parlamentarischen Frage von Premierminister Xavier Bettel gleich mehrere Fragen zum Thema des neuen „Observatoire de l'Islamophobie“ des „Institut de Recherche, d'éducation et de dialogue interculturel“ beantwortet haben. Auf die Fragen, ob das neue Institut staatlich finanziert werde, ob es Kontakt zu staatlichen Organen habe, eine Gefahr für die Meinungsfreiheit Luxemburgs darstelle oder die Möglichkeit erhalten werde, Vorträge in staatlichen Einrichtungen wie Schulen zu halten, antwortete der Premierminister mit einem klaren „Nein“. Daneben ging es auch um das derzeit auf den Weg gebrachte Vermummungsgesetz, das von Kritikern als Versuch angesehen wird, Freiheiten einzuschränken; Premier Bettel antwortete hierauf, dass das Gesetzesprojekt nur auf bestimmte öffentliche Orte beschränkt sei und völlig unterschiedslos alle Menschen betreffe. LJ